

Betreff: Begrenzung des Anteils von Kindern mit
nichtdeutscher Muttersprache an Volksschulen



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Mg. Gerald Haßler
an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Sprache ist eine der wesentlichen Eckpfeiler für eine gelungene Integration: Zum einen ebnet die Kommunikation das Miteinander im Alltag, hilft Vorurteile, Grenzen und Berührungspunkte abzubauen; zum anderen sind gute Deutschkenntnisse naturgemäß auch ein Schlüssel für eine gute Bildung, wie sie an unseren Schulen vermittelt wird. Egal, um welchen Fachbereich es sich handelt – die größten Talente verkümmern ungenutzt, wenn diese aufgrund von Sprachbarrieren unerkannt und damit ungefordert bleiben, was in weiterer Folge zur Minimierung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt führt. Es ist ein Spirale der vertanen Chancen, die zu Frustration bis hin zu sozialen Spannungen führen kann: Unzureichende Schulbildung – keine Chance auf eine Lehre – bestenfalls Hilfstätigkeiten – Arbeitslosigkeit – wenig Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten aufgrund fehlenden Grundwissens. Tatsache ist jedenfalls, dass mittlerweile Grazer Leitbetriebe offen aussprechen, dass sie Grazer PflichtschulabsolventInnen nicht gerne als Lehrlinge aufnehmen, da sie im Vergleich zu jenen aus dem Umland im Regelfall leider über ein niedrigeres Bildungsniveau verfügen.

Was aber nicht an den LehrerInnen liegt, die mit viel Engagement ihrer Arbeit nachgehen und was sicher auch nicht an den Kindern liegt: Das Problem, das sich in Graz in den vergangenen Jahren immer deutlicher auftut ist, dass speziell in den Volksschulen in den westlichen Stadtbezirken und da besonders in Lend und Gries der Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache unverhältnismäßig angestiegen ist – und zwar so weit, dass es mittlerweile etliche Klassen gibt, in denen überhaupt nur noch Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache unterrichtet werden. Was in letzter Konsequenz eine noch ungleichere Chancenverteilung bringt: Da diese Schulen natürlich damit auch nicht über eloquente, rührige Elternvereine mit guten Netzwerken verfügen, finden sie auch kaum Unterstützung über Sponsoring, verfügen nicht über die Möglichkeit, über Veranstaltungen zusätzliche Mittel zu lukrieren und haben selten Zugänge zu externen Unterstützungen. Fazit: Die Ghettoisierung nimmt weiter zu, aus manchen Schulen ist bekannt, dass sie sogar von mittlerweile gut integrierten Familien mit Migrationshintergrund gemieden werden, da die Eltern fürchten, ihre Kinder hätten hier weniger Zukunftschancen, da hier einfach zu wenig deutschsprechende Kinder wären.

Nun wissen wir um das ungeheure Engagement vieler PädagogInnen, gerade an diesen Schulstandorten: Und doch ist klar, dass unter diesen Rahmenbedingungen – 20 und mehr Kinder mit verschiedenen Muttersprachen, die zum Teil noch überhaupt kein Wort Deutsch verstehen – ein erfolgreiches Unterrichten unmöglich ist. Zumal die Stundenzahl der begleitenden StützlehrerInnen in jeder Schulstufe automatisch reduziert wird – ungeachtet dessen, dass es die Regel ist, dass in der 2., 3. oder 4. Klasse genauso wieder Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache in den Klassenverband aufgenommen werden.

Dass unter solchen Bedingungen Kindern die Zukunftschance genommen wird, dass ihr Wunsch, mit dem viele das erste Mal die Schule betreten, nämlich später Arzt/Ärztin, Chemiker/in etc. zu werden, nur ein Traum bleiben und im Alptraum schlechter Berufschancen enden wird, ist den meisten Fachleuten klar: Und dass unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen in einer Volksschulklasse mit ausschließlich oder mehrheitlich Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache kein erfolgsorientierter, kindergerechter und fördernder Unterricht geleistet werden kann, wird von niemandem bestritten. ExpertInnen sagen, dass maximal ein Anteil von 30 bis 40 Prozent Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache vertretbar sei.

So gesehen kann es für die Stadt Graz denn auch nur ein Ziel geben: Wenn wir Integration ernst nehmen, wenn wir allen jungen GrazerInnen gute Zukunftschancen eröffnen wollen, müssen wir alles daransetzen, dass in der Volksschule der Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache pro Klasse mittelfristig auf maximal 40 Prozent begrenzt wird. Dass dies ein schwieriges Unterfangen ist, das liegt auf der Hand – es wird erforderlich sein, unter anderem auch ein Anreizsystem zu schaffen, das Eltern animiert, ihre Kinder an anderen Standorten einzuschreiben. Und daher gilt es auch jene Schulstandorte, die derzeit den Ruf von „Restschulen“ haben, zu attraktivieren: Etwa, indem wir als Stadt die Einrichtung von Mehrstufenklassen bzw. anderen modernen pädagogischen Modellen unterstützen; indem wir Schulen, die nicht über diese eloquenten Elternvereine mit guten Netzwerken verfügen, über die schulautonomen Mittel stärker fördern; oder aber auch durch kostenlose professionelle Lernunterstützung speziell an Brennpunkt-Schulen, wie sie die Stadt Wien insgesamt mit der Gratis-Nachhilfe geschaffen hat – durch solche und ähnliche Maßnahmen sollte es machbar sein, Schulstandorte im Grazer Westen auch für Eltern aus dem Grazer Osten interessanter zu machen, wie das etwa jetzt bereits durch die Klex (Klusemann extern) der Fall ist.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage:

Bist du dazu bereit zu veranlassen, dass die zuständige Stellen der Stadt Graz gemäß Motivenbericht in Kooperation mit den Schulbehörden des Landes und des Bundes für Graz ein Modell entwickeln, das den Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache auf einen pädagogischen Erfahrungswerten adäquaten Prozentsatz, also rund 40 Prozent begrenzt, und das begleitend ein Anreizsystem für die Attraktivierung von Schulstandorten an „Brennpunkten“ ausgearbeitet wird.